



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10.002/257-1.1/88

Sachbearbeiter:
OR Dr. Schlifflner
Tel. 515 95/2537

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz be-
treffend das Verbot des Ein-
bringens von gefährlichen Gegen-
ständen in Zivilluftfahrzeuge
geändert wird;

Stellungnahme

Betrifft GESETZENTWURF	
Z' 45	GE 9 88
Datum: 18. MAI 1988	
Verteilt 20. Mai 1988	

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Dr. Olsch-Karant

Das Bundesministerium für Landesverteidigung beehrt sich in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Inneres versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz betreffend das Verbot des Einbringens von gefährlichen Gegenständen in Zivilluftfahrzeuge geändert wird, zu übermitteln.

16. Mai 1988
Für den Bundesminister:
Rosegger

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Handwritten signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10.002/257-1.1/88

Sachbearbeiter:
OR Dr. Schlifflner
Tel. 515 95/2537

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bundesgesetz be-
treffend das Verbot des Ein-
bringens von gefährlichen Gegen-
ständen in Zivilluftfahrzeuge
geändert wird;

Stellungnahme

An das
Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1014 Wien

Zu dem mit der do. Note vom 26. April 1988, GZ 3 124/64-II/3/88, übermittel-
ten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz betreffend das
Verbot des Einbringens von gefährlichen Gegenständen in Zivilluftfahrzeuge
geändert wird, beehrt sich das Bundesministerium für Landesverteidigung wie
folgt Stellung zu nehmen:

Der vorliegende Gesetzentwurf regelt die Kostentragung bestimmter auf Flug-
plätzen zur Sicherheitskontrolle eingesetzter Anlagen und Geräte. Danach soll
dem Flugplatzhalter die Errichtung und Beschaffung bestimmter Sicherheits-
einrichtungen vorzuschreiben sein (vgl. Art. I, § 3a).

Es ergibt sich nun aus der Sicht des ho. Ressorts folgendes Problem:

Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat der Flughafen Betriebs-
Ges.m.b.H. LINZ gemäß § 62 des Luftfahrtgesetzes eine Bewilligung für die
Benützung des Militärflugplatzes HÖRSCHING für Zwecke der Zivilluftfahrt
erteilt. Mit dieser Bewilligung wurde aber die Flughafen Betriebs-Ges.m.b.H.
LINZ keineswegs eine Art "Zivilflugplatzhalter". Das Bundesministerium für
Landesverteidigung ist daher nach wie vor Flugplatzhalter des Militärflug-
platzes HÖRSCHING. Um zu vermeiden, daß dem Bundesministerium für

- 2 -

Landesverteidigung, das mit der Abwicklung des Zivilluftverkehrs auf dem Militärflugplatz HÖRSCHING nichts zu tun hat, aus den Bestimmungen des gegenständlichen, im Entwurf vorliegenden Bundesgesetzes Kosten erwachsen, erscheint eine entsprechende Klarstellung im vorgesehenen Gesetzestext erforderlich.

Es wird daher ersucht, das vorangeführte Problem etwa wie folgt zu lösen:

1. Dem vorgesehenen § 3a als Abs. 1 wäre folgender Abs. 2 anzufügen:

"(2) Im Falle der Bewilligung der Benützung eines Militärflugplatzes für Zwecke der Zivilluftfahrt gemäß § 62 des Luftfahrtgesetzes, BGBl. Nr. 253/1957, sind die Verpflichtungen gemäß Abs. 1 dem Inhaber einer solchen Bewilligung vorzuschreiben."

2. Art. II Abs. 2 hätte zu lauten:

"(2) Mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gehen die derzeit im Eigentum des Bundes stehenden Anlagen und Geräte (§ 3a Abs. 1) in das Eigentum des Flugplatzhalters, im Falle der Bewilligung der Benützung eines Militärflugplatzes für Zwecke der Zivilluftfahrt in das Eigentum des Inhabers einer solchen Bewilligung, über."

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Kopien dieser Stellungnahme übermittelt.

16. Mai 1988
Für den Bundesminister:
R o s e g g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

